

Weder Fluch noch Segen – Die politischen Herausforderungen des Erdölbooms in Kasachstan

Von Andreas Heinrich und Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

In der Forschung der letzten zwanzig Jahre hat sich der Gedanke durchgesetzt, dass Ressourcenreichtum eher ein Fluch als ein Segen für die Entwicklung von Staaten sei. Der folgende Beitrag diskutiert am Beispiel Kasachstans die durch den Ölboom hervorgerufenen politischen Herausforderungen, insbesondere die Regulierung ausländischer Direktinvestitionen, die Rolle staatlicher Energieunternehmen und die Verwaltung der Einnahmen aus den Rohstoffexporten. Die Analyse zeigt, dass einige Herausforderungen technokratischen Charakters durchaus angemessen bewältigt wurden. Zentrales Ergebnis ist aber, dass die politische Führung gar nicht an einer gemeinwohlorientierten Nutzung des Ölbooms interessiert ist. Vielmehr hat sie die Ressourcen sehr effektiv genutzt, um weitreichende und tragfähige Patronagenetzwerke zu entwickeln, die in der Lage sind, die politische Stabilität in ihrem Sinne aufrechtzuerhalten.

Der Ende der 1990er Jahre einsetzende Erdölboom verwandelte Kasachstan zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs zwischen 1998 und 2006 durchschnittlich um 8 % pro Jahr. Die globale Finanzkrise 2008–09 hat Kasachstan aufgrund seiner hohen Auslandsverschuldung zwar vorübergehend stark getroffen. So wuchs das BIP im Jahre 2009 nur um 1,2 %; in den beiden Folgejahren lag das Wachstum aber wieder bei über 7 %.

Kasachstans Erdölproduktion hat sich seit der Unabhängigkeit des Landes 1992 mehr als verdreifacht; 2011 förderte das Land 82 Mio. Tonnen, das sind rund 2,1 % der weltweiten Produktion. Bis zum Jahre 2030 plant Kasachstan die Förderung auf rund 130 Mio. Tonnen zu erhöhen, was das Land zu einem der zehn größten Erdölproduzenten der Welt machen würde. Die Dauer des Erdölbooms in Kasachstan wird auf mehrere Jahrzehnte geschätzt, bei der heutigen Fördermenge reichen die bekannten Reserven für rund 60 Jahre.

Risiken eines Erdölbooms

Nach landläufiger Meinung müssten Staaten, die über Bodenschätze verfügen, eine bessere Wirtschaftsentwicklung aufweisen als rohstoffarme Staaten. Tatsächlich sehen sich rohstoffexportierende Staaten jedoch mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, die von schwankenden Weltmarktpreisen über zurückgehende internationale Wettbewerbsfähigkeit bis zu Korruption reichen.

Seit den späten 1980er Jahren sind etliche makrostatistische Studien zu dem Ergebnis gekommen, dass Rohstoffreichtum die Wahrscheinlichkeit von negativen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen (z. B. eine schlechte Wirtschaftsentwicklung, steigende soziale Ungleichheit, verbreitete Armut,

eine schwach entwickelte Demokratie, weit verbreitete Korruption und sogar die Gefahr von Bürgerkriegen) erhöht. In diesem Zusammenhang prägte Richard Auty 1993 den Begriff des Ressourcenfluchs (»resource curse«). Diese Forschung hat sich als sehr einflussreich erwiesen: die Idee, dass Ressourcenreichtum schlecht für die Entwicklung eines Landes sei, ist mittlerweile weit verbreitet.

Mehr als zwei Jahrzehnte später ist es allerdings noch immer nicht gelungen, endgültige Aussagen über die Effekte – geschweige denn über die Wirkungsweisen – des Ressourcenfluchs zu treffen. Zudem haben einige rohstoffreiche Staaten, allen voran Norwegen, ihren Ressourcenboom sehr gut gemeistert und seine negativen Auswirkungen abgewendet oder zumindest abgeschwächt.

Aus diesem Grund bildet sich in der wissenschaftlichen Literatur zunehmend ein Konsens heraus, wonach die negativen Effekte eines Rohstoffbooms keineswegs ein unabwendbarer »Fluch« sind, sondern vielmehr durch politische Maßnahmen vermieden oder zumindest abgemildert werden können. Daher erscheint es uns angemessen, hier von den Herausforderungen eines Rohstoffbooms (also »resource challenges«) an Politikgestaltung zu sprechen.

Davon ausgehend sind mehrere Gruppen von Herausforderungen identifizierbar, die durch einen Erdölboom ausgelöst werden können. Diese bestehen in

- der Sicherstellung der Kontrolle über die Bodenschätze indem das staatliche Gewaltmonopol und das staatliche Eigentum über die Bodenschätze oder die staatliche Verfügungsgewalt über den Verkaufserlös garantiert werden. Dies ist eine der grundlegendsten Herausforderungen;
- der Regulierung der Rohstoffproduktion, angefangen bei der Vergabe von Förderlizenzen über ausländische Direktinvestitionen und Besteuerung bis hin zu Umweltschutzauflagen, sowie die Verhandlung

- gen mit ausländischen Investoren und die Frage der Errichtung eines staatlichen Förderunternehmens;
- der Errichtung einer Exportinfrastruktur, da sich ein Öl-/ Gasboom nur entwickeln kann, wenn ein Großteil der Produktion exportiert wird;
 - der Verwaltung der durch den Rohstoffexport erzielten Einnahmen. Dies umfasst zum einen den Kampf gegen Inflation und den Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit außerhalb des Rohstoffsektors, die eine Folge des Zuflusses von Petrodollars sind; zum anderen die Entwicklung einer Haushaltspolitik, die festlegt, wie die Einnahmen verwendet werden;
 - der effektiven Implementierung der entwickelten Politikkonzepte (unabhängig von ihren spezifischen Inhalten). Das Hauptaugenmerk liegt hier auf der Schaffung von Verwaltungskapazitäten und Anti-Korruptionsmaßnahmen, da der Zufluss von Devisen das Risiko von Veruntreuung und Bestechung dramatisch erhöht;
 - einer Industriepolitik zur Diversifizierung der Volkswirtschaft jenseits des Rohstoffsektors;
 - einem Hinwirken auf eine sozioökonomische Entwicklung, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung führt. Die letzten beiden Gruppen sind langfristiger Natur.

Herausforderungen für Kasachstan

Die relevanten Herausforderungen des Erdölbooms für Kasachstan lassen sich zum großen Teil aus dem sowjetischen Erbe erklären. Die Produktion der sowjetischen Erdöl- und Erdgasindustrie war in Westsibirien konzentriert. Im unabhängigen Kasachstan fehlte deshalb eine moderne Infrastruktur für Förderung und Export. Außerdem entwickelte die Sowjetunion keine Technik zur Förderung von Vorkommen unter dem Meeresboden, weshalb Kasachstan für die Erschließung der Vorkommen im Kaspischen Meer auf ausländisches Know-how angewiesen war. Fehlende Finanzmittel, unzureichende Technologie und mangelnde Erfahrung für große Explorations- und Entwicklungsprojekte im kasachstanischen Energiesektor machten so nach der Unabhängigkeit ausländische Direktinvestitionen unverzichtbar. Gleichzeitig existierten aber in Folge der sowjetischen Planwirtschaft keine passenden rechtlichen Regelungen bezüglich der Eigentumsrechte und privater Investitionen. Die resource challenges der Regulierung des Erdöl- und Erdgassektors waren deshalb von besonderer Wichtigkeit.

Schwache Finanzinstitutionen und eine geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit machten außerdem die Verwaltung der Finanzflüsse aus den Rohstoffexporten umso wichtiger. Zudem zeichnete sich die weiterhin sowjetisch geprägte Bürokratie durch eine geringe

Effizienz aus und auch die Bekämpfung der Korruption stellte eine wichtige Herausforderung dar.

Die Nostalgie großer Teile der Bevölkerung für das sowjetische Wohlfahrtssystem hatte des Weiteren das Potential, Druck auf die politische Führung auszuüben und die Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen oder zumindest die Beibehaltung großer Teile des sowjetischen Sozialsystems zu fordern.

Der Umgang der Führung Kasachstans mit diesen drei zentralen Herausforderungen des Erdölbooms soll im Folgenden näher beschrieben werden.

Regulierung der Erdölproduktion

Nach der Unabhängigkeit wurde ausländischen Investoren in Kasachstan erlaubt, Mehrheitsbeteiligungen an Staatsunternehmen zu erwerben. Dabei waren die Investoren allerdings weniger an den Staatsunternehmen, als vielmehr an den zugehörigen Bodenschätzen interessiert. Die Unternehmen selbst arbeiteten weitgehend ineffizient und verfügten aus Sowjetzeiten noch über eine sehr weitreichende soziale Infrastruktur für die Betriebsangehörigen.

Kasachstans Präsident, Nursultan Nasarbajew, war aber mit den Resultaten der Privatisierung unzufrieden. Der zentrale Kritikpunkt war, dass ausländische Investoren zu sehr damit beschäftigt wären, Gewinne durch Offshore-Unternehmen ins Ausland zu transferieren und zu wenig damit, die kasachstanische Wirtschaft anzukurbeln. Im Herbst 1997 erklärte Nasarbajew, dass Ausländer nunmehr nur noch Anteile von 30–40 % an Großunternehmen erwerben dürften. Damit reagierte er auch auf gesellschaftliche Widerstände gegen die Privatisierungspolitik, die sowohl von großen Teilen der Wirtschaftseliten des Landes als auch in der Bevölkerung als ein Ausverkauf nationalen Reichtums betrachtet wurden. Kasachstan verpflichtet ausländische Investoren außerdem, einen großen Teil der benötigten Güter und Dienstleistungen von einheimischen Firmen zu beziehen.

Seither hat der kasachstanische Staat kontinuierlich versucht, seine Beteiligung an der Entwicklung des heimischen Erdölsektors auszubauen. Dies hat dazu geführt, dass sich die Beziehungen zu den ausländischen Investoren sehr ambivalent gestaltet haben. Mit dem anhaltenden Ölboom, hohen Weltmarktpreisen und weiteren Erdölfunden im kasachstanischen Sektor des Kaspischen Meeres wurde die Regierung aggressiver in ihren Forderungen und in der Durchsetzung nationaler Interessen.

Kasachstan liegt damit in einem internationalen Trend: Die Verlockung enormer Profite hat viele erdölproduzierende Länder dazu veranlasst, ihren vertraglich festgeschriebenen Anteil an den Erdöl-/ Erdgaseinnahmen zu erhöhen, oft unter Verletzung der Rechte der Investoren. Kasachstanische Behörden taten dies

im Falle der Projekte Kaschagan und Karaschaganak, indem die Rechte der an den Projekten beteiligten ausländischen Unternehmen unterminiert wurden, z. B. durch Anschuldigungen, Steuern nicht gezahlt, Umweltauflagen verletzt oder vertragliche Verpflichtungen nicht erfüllt zu haben. Sobald die Verträge zugunsten Kasachstans geändert waren, wurden die Vorwürfe schnell fallengelassen.

Zwischen 2003 und 2005 haben Ergänzungen zum Gesetz über Auslandsinvestitionen, zum Steuergesetz und zum Erdölgesetz die Garantien und Sicherheit für ausländische Investoren deutlich reduziert. Gleichzeitig wurden bestehende Gesetze und Regulierungen von den kasachstanischen Behörden zunehmend einseitig zu ihrem Vorteil ausgelegt.

Das Gesetz über Abkommen zur Aufteilung der Rohstoffproduktion (PSA-Abkommen) von 2005 sieht vor, dass das Staatsunternehmen KazMunaiGaz einen Anteil von mindestens 50 % an allen neuen Abkommen erhalten muss und begrenzt diese Abkommensart grundsätzlich auf Offshore-Vorkommen im Kaspischen Meer. Allerdings wurden bereits vor 2004 existierende Abkommen davon ausgenommen. Später geschlossene PSA-Abkommen sind ebenfalls ausgenommen, sofern sie sich zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Einklang mit den damals bestehenden Steuergesetzen befanden oder eine besondere Genehmigung des Präsidenten erhalten haben.

Ergänzungen zum Gesetz über Bodenschätze haben die kasachstanische Regierung seit Oktober 2007 in die Lage versetzt, bestehende PSA-Abkommen und Konzessionen abzuändern oder zu annullieren, wenn die Aktivitäten der Investoren nicht den wirtschaftlichen Interessen Kasachstans entsprechen. Ausländische Investoren befürchteten, dass die Regierung Verträge nach eigenem Gutdünken und ohne rechtliche Begründung widerrufen würde. Trotz des sich verschlechternden und unzuverlässigen Investitionsklimas ist der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Kasachstan aber nicht abgerissen.

Nationale Förderunternehmen, wie KazMunaiGaz, dienen dem Staat als wichtigstes Instrument, um eine dominante Rolle bei der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen einzunehmen und die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen für ihre Förderung zu erlangen.

Formal ist KazMunaiGaz Eigentum des staatlichen Nationalen Wohlfahrtsfonds Samruk-Kazyna, welcher 2008 zur Verwaltung von Staatsbetrieben gegründet wurde. Die regulatorische Verantwortung von KazMunaiGaz wurde dem Ministerium für Erdöl und Erdgas übertragen, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Die nichtkommerziellen Aufgaben des Unternehmens, wie z. B. die Lieferung subventionierten Erd-

öls für den heimischen Markt und die Finanzierung regionaler Projekte, mindern allerdings nach wie vor die wirtschaftliche Effizienz beträchtlich. Zudem fehlt dem Unternehmen in Folge regelmäßiger struktureller »Reformen« und Personalwechsel organisatorische Stabilität. Auch dient es oft als »Selbstbedienungsladen« für die politischen Eliten, die eigentlich mit seiner Überwachung beauftragt sind.

Verwaltung der Rohstoffeinnahmen

Umfangreiche Zuflüsse von Devisen durch den Export von Rohstoffen machen die Haushaltssituation einer Volkswirtschaft höchst abhängig von teilweise sehr volatilen Weltmarktpreisen. Um für Zeiten des Preisverfalls gerüstet zu sein und um den Anstieg der Geldmenge durch den Devisenzufluss zu begrenzen, wurden vielfach Staatsfonds gegründet. Diese stellen eines der Hauptinstrumente zur Verwaltung der Devisenzuflüsse dar, die durch Rohstoffexporte erzielt werden.

Der Nationalfonds Kasachstans wurde 2000 durch einen Erlass des Präsidenten gegründet. An seiner Spitze befindet sich ein Vorstand, der vom Präsidenten geleitet und dessen Mitglieder von ihm bestimmt werden. Die Tagesgeschäfte werden durch die Zentralbank des Landes wahrgenommen und vom Vorstand überwacht.

Das Gesamtvermögen des Fonds betrug Ende Dezember 2011 fast 45 Mrd. US-Dollar. Er hat dazu beigetragen, Inflation und Wechselkurs unter Kontrolle zu halten und, möglicherweise sogar wichtiger, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise von 2008–09 auf die nationale Volkswirtschaft abzumildern. Der Präsident hat bislang die akkumulierten Einnahmen gegen die Ansprüche politischer Interessengruppen verteidigt. Dies zeigt, dass trotz der ineffizienten und korrupten Staatsbürokratie Politikentscheidungen in Kasachstan erfolgreich umgesetzt werden können, sofern diese direkt vom Präsidenten unterstützt und von einer kleinen Gruppe von Technokraten durchgeführt werden.

Sozioökonomische Entwicklung

Der mit dem Ölboom stark anwachsende kasachstanische Nationalfonds hat in der Bevölkerung Erwartungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen geweckt.

In Folge der Rezession in den 1990er Jahren stellten Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne die Hauptursache für Armut in Kasachstan dar. Die Einführung von Programmen zur Armutsbekämpfung hat im Allgemeinen zu einer Verbesserung der Zustände geführt. Dazu hat auch das anhaltende Wirtschaftswachstum beigetragen: Die Einkommensarmut konnte so von 35 % 1999 auf 8 % im Jahre 2009 reduziert werden. Die Früchte

des Wirtschaftswachstums sind jedoch regional und demographisch sehr unterschiedlich verteilt. Im Süden und Westen des Landes ist Armut immer noch ein großes soziales Problem. Während Männer und die Stadtbevölkerung besonders profitieren, sind Frauen und die Landbevölkerung benachteiligt. Die Sozialpolitik scheint eher auf politisch relevante Stimmungen mit Transferzahlungen zu reagieren, als wirklich gezielt Armut zu bekämpfen.

Folge dieser Art von Sozialpolitik ist, dass vor allem das Gesundheitswesen stark vernachlässigt wurde. Das aus der Sowjetzeit ererbte Gesundheitssystem ist unreformiert und unterfinanziert und funktioniert daher nur sehr unzureichend. Reformansätze wurden bisher durch Korruption und fehlende administrative Kapazitäten zunichte gemacht.

Die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren hat auch zu einem Verfall des Bildungswesens geführt. Durch den Erdölboom war die Regierung dann zwar in der Lage, ambitionierte Programme ins Leben zu rufen, doch entspricht das Niveau der Schulbildung nach wie vor nicht internationalen Standards. Bei der letzten PISA-Studie, die die Leistungsfähigkeit 15-jähriger Schüler im OECD-Vergleich misst, landete Kasachstan so auf Platz 60 von insgesamt 66 Staaten. Reformen im Bildungssektor haben oftmals eine politische Dimension und sind darauf ausgerichtet, eine loyale Technokratenelite heranzuziehen.

Politische Ziele

Die Führung Kasachstans hat sich als relativ effizient erwiesen im Umgang mit Herausforderungen des Erdölbooms, die klar definiert sind und begrenzte Herausforderungen technokratischer Natur darstellten, wie z. B. Verhandlungen mit ausländischen Investoren und Verwaltung des Staatsfonds. Darum war es Kasachstan möglich, die Erdöl- und Erdgasproduktion zu steigern und eine solide Geldpolitik zu verfolgen. Das nationale Förderunternehmen wie auch die zuständige Staatsverwaltung sind jedoch von mangelnden Kapazitäten, Korruption und politischer Instrumentalisierung geprägt, was ihre Effizienz zur Regulierung marktwirtschaftlicher Aktivitäten einschränkt. Auch die Beziehungen Kasachstans zu ausländischen Investoren haben darunter gelitten.

Bezogen auf das Ziel sozioökonomischer Entwicklung weist Kasachstan starke Defizite auf. Für die kasachstanischen Eliten scheinen vielmehr die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität und die Steigerung persönlichen Reichtums und persönlicher Macht im Vordergrund zu stehen.

Das relativ stabile politische Umfeld unter Präsident Nasarbajew hat die Herausbildung größerer Elitennetz-

werke ermöglicht. Es scheint, dass sich vielschichtige Patronagenetzwerke entwickelt haben, welche helfen, die politische Führung zu stabilisieren, indem potentielle Opponenten kooptiert werden. Diese Netzwerke, die in die verfassungsmäßigen Institutionen ausstrahlen und auf der Logik des meist bilateralen Austausches zwischen Patron und Klient basieren, spielen eine entscheidende Rolle für die Regimestabilität. Obwohl Rohstoffeinnahmen keine Vorbedingung für die Bildung von Patron-Klient-Beziehungen in der Politik darstellen, dienen die enormen Einnahmen aus dem Erdölboom durchaus dazu, diese Netzwerke attraktiver und dauerhafter zu gestalten und sie in die Lage zu versetzen, sich auszubreiten und breitere Schichten der Gesellschaft einzubinden.

Obwohl die verschiedenen in die Netzwerke einbezogenen Gruppen häufig untereinander konkurrieren, betrachten sie doch alle den Präsidenten als ihren Patron und sind gewillt, ihm Loyalität und Unterstützung im Gegenzug für den Zugang zu öffentlichen Ämtern und Staatseigentum zu gewähren.

Daher sind die oben beschriebenen Governance-schwächen möglicherweise genau das, worauf es Präsident Nasarbajew als Patron anlegt. Einerseits erlauben es die ineffiziente Verwaltung und die häufige politische Einflussnahme auf die Führung staatlicher Erdöl- und Erdgasunternehmen, Rohstoffeinnahmen für Patronagenetzwerke zur Verfügung zu stellen. Andererseits garantiert die Abschirmung des Staatsfonds von diesen Patronagenetzwerken, dass auch in der Zukunft Ressourcen zu verteilen sein werden. Gleichzeitig soll die Verwendung kleiner Teile des Rohstoffreichtums für Projekte, die der Allgemeinheit zugute kommen, verhindern, dass ernsthafte politische Proteste entstehen.

Fazit

Zusammenfassend kann man also feststellen, dass erstens die wahre Herausforderung für Kasachstan nicht die Entwicklung einer effizienten Staatsverwaltung ist, wie der Wohlfahrtsansatz vermuten lassen würde, sondern es vorher vielmehr um eine Beseitigung des Patronagesystems, welches eine schwache Staatsverwaltung bewusst fördert, um den Eliten Manipulationsmöglichkeiten im eigenen Interesse zu geben, geht. Zweitens ist der Eindruck von Ineffizienz und Korruption in gewisser Hinsicht irreführend. Tatsächlich hat die politische Führung die Ressourcen sehr effizient genutzt, um weitreichende und tragfähige Patronagenetzwerke zu entwickeln, die in der Lage sind, die politische Stabilität aufrechtzuerhalten.

Information über die Autoren und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren:

Dr. Andreas Heinrich und Dr. Heiko Pleines arbeiten an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des von der VolkswagenStiftung geförderten Forschungsprojekts »Energiesektor und politische Regimestabilität im Kaspischen Raum. Kasachstan und Aserbaidschan in vergleichender Perspektive«, welches von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen seit 2009 durchgeführt wurde. Zentrale Projektergebnisse sind gerade in einem Sammelband erschienen: Andreas Heinrich, Heiko Pleines, (eds), Challenges of the Caspian resource boom. Domestic elites and policy-making, Houndmills 2012.

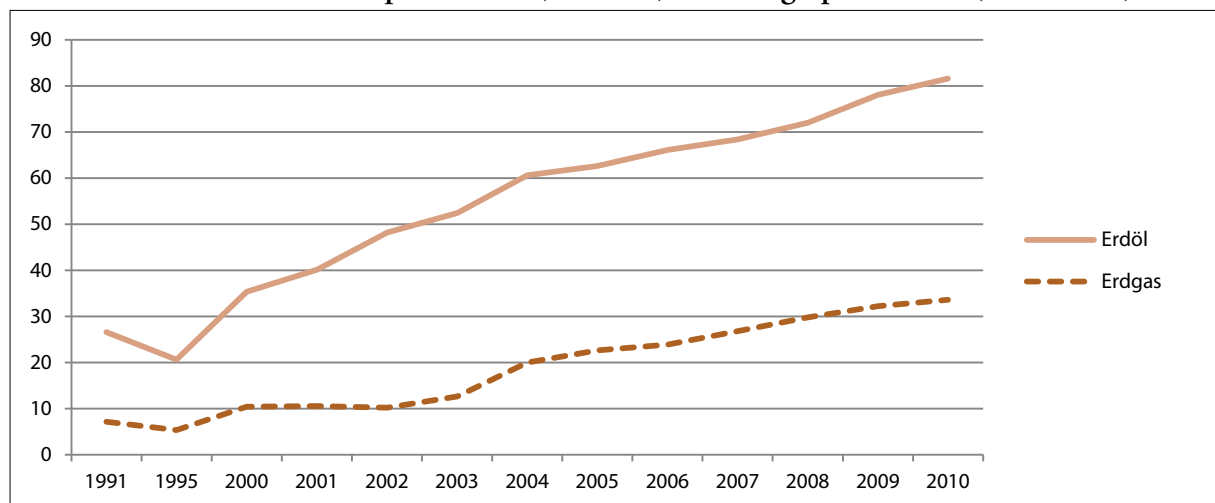
Lesetipps:

- Andreas Heinrich, Challenges of a resource boom. Review of the literature, Working Papers of the Research Centre for East European Studies, No. 114, Bremen 2011, = <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoap114.pdf>
- Andrea Kendall-Taylor, Purchasing Power: Oil, Elections and Regime Durability in Azerbaijan and Kazakhstan, in: Europe-Asia Studies, 64(2012)4, S.737–760. Auch im Internet zugänglich, aber kostenpflichtig unter: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09668136.2012.671567>
- Palazuelos, E., Fernández, R., Kazakhstan: Oil endowment and oil empowerment, in: Communist and Post-Communist Studies 45(2012)1–2, S. 27–37. = <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0967067X12000050>
- Sebastien Peyrouse, The Kazakh Neopatrimonial Regime: Balancing Uncertainties among the 'Family,' Oligarchs and Technocrats, in: Demokratizatsiya. The Journal of Post-Soviet Democratization 20(2012)4, S. 345–370. Auch im Internet zugänglich, aber kostenpflichtig unter: <http://www.metapress.com/content/j41q202l55m7/?p=9673e37ad139403686f158ae58170f99&pi=0>
- Roman Muzalevsky, Kazakhstan's Socio-Economic Modernization Strategy: Challenges and Opportunities for the Next Decade, in: Eurasia Daily Monitor, Vol. 9,39, 24.2.2012, = [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[swords\]=8fd5893941d69d0be3f378576261ae3e&tx_ttnews\[any_of_the_words\]=Kazakhstan&tx_ttnews\[pointer\]=7&tx_ttnews\[tt_news\]=39059&tx_ttnews\[backPid\]=7&cHash=cfd0dd193c0757f286bb88676092d7d](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[swords]=8fd5893941d69d0be3f378576261ae3e&tx_ttnews[any_of_the_words]=Kazakhstan&tx_ttnews[pointer]=7&tx_ttnews[tt_news]=39059&tx_ttnews[backPid]=7&cHash=cfd0dd193c0757f286bb88676092d7d)

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Zentrale Kenndaten zu Ölboom und Wirtschaftsentwicklung

Grafik 1: Kasachstans Erdölproduktion (in Mio. t) und Erdgasproduktion (in Mrd. m³)



Anmerkung: Die Produktionszahl der Quelle für 2011 ist offensichtlich falsch, weshalb dieses Jahr nicht aufgenommen wurde.

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, <http://www.bp.com/statisticalreview>